



Streit um den Flugplatz Dübendorf

Durchsichtiges Störmanöver



ANDREAS SCHÜRER

Nun versuchen sie also, die Fliegerei mit einer Offensivaktion zu bodigen. Lange betrieben die Gemeinden Dübendorf und etwas weniger intensiv Volketswil und Wangen-Brüttisellen Totalopposition gegen die Pläne des Bundes, den Militärflugplatz Dübendorf für die zivile Fliegerei zu öffnen. Nun wollen sie ihn selber betreiben und weibel für ihr Konzept, das unter dem klangvollen Namen «Historischer Flugplatz mit Werkflügen» daherkommt. Weil sie nur so wenig Flüge zulassen wollen, dass sich das Projekt wirtschaftlich nicht rechnen kann, sind sie sogar bereit, ein jährliches Betriebsdefizit von bis zu 1,5 Millionen Franken aus Steuergeldern zu finanzieren. Es wirkt grotesk: Flugplatzgegner wollen einen Flugplatz betreiben und sogar noch dafür bezahlen. Kernziel dieser denkwürdigen Übung ist, die Flugplatz Dübendorf AG, die 2014 vom Bundesrat den Zuschlag für den künftigen Betrieb erhalten hat, zu vertreiben. So könnte verhindert werden, dass die Geschäftsfliegerei weitgehend vom Flughafen Zürich nach Dübendorf verlagert wird. Statt mit knapp 30 000 Flugbewegungen wäre mit höchstens 20 000 pro Jahr zu rechnen, und die Betriebszeiten wären im Konzept der Gemeinden auf die Bürozeiten reduziert. Am 26. November sollen nun die Bürger der drei Gemeinden diesem Vorhaben mit einem kräftigen Ja an der Urne Rückenwind verleihen.

Das Vorgehen der Gemeinden ist gleich aus drei Gründen falsch. Erstens kommen sie

viel zu spät – die Ausschreibung für den Betrieb begann Ende 2013, die Gemeinden beteiligten sich nicht, 2014 erhielt die Flugplatz Dübendorf AG den Zuschlag. Nun wird den Anwohnern vorgegaukelt, dass ein Ja an der Urne noch eine Wende bringen kann. Das ist demokratiepolitisch fragwürdig, weil das Resultat auch bei Zustimmung zur lokalen Abstimmung absehbar ist: Die Gemeinden erreichen eine Verzögerung, der Bund wird aber seine bereits beschlossenen Pläne nicht zurücknehmen und dafür die Rolle des Bösewichts erhalten. So erzeugt man Politikverdrossenheit. Zweitens lässt sich trotz gegenteiligen Beteuerungen der Verdacht nicht wegdiskutieren, dass die Gemeinden eine versteckte Agenda verfolgen. Ewig wollen sie wohl kaum jährliche Defizite schlucken. Bald schon könnte die Versuchung gross sein, mit Verweis auf schlechte Zahlen einige Krokodilstränen zu vergiessen – und einen neuen Versuch zu unternehmen, den Flugplatz für die Fliegerei zu schliessen.

Zentral ist das dritte Argument, das gegen das Projekt der Gemeinden spricht: Der Wirtschaftsraum Zürich braucht einen Platz für die Geschäftsfliegerei. Diese ist mitnichten nur ein Hobby von einigen Bonzen und Scheichs, wie gerne suggeriert wird. Sie ist volkswirtschaftlich bedeutsam, ganz besonders in einem exportorientierten Land wie der Schweiz. Am Flughafen Zürich wird sie aber verdrängt, weil die Engpässe zunehmen und wichtige Standorte der Business-Aviation neuen Bauten weichen müssen. Zürich kann nicht den Anspruch haben, mit internationaler Ausstrahlung zu punkten, gleichzeitig aber die Geschäftsfliegerei verbannen. Das müssen der Bundesrat und der Zürcher Regierungsrat deutlich in Erinnerung rufen.